

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rita Griebhaber und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der vereinbarten Debatte zu dem Thema „Internationaler Frauentag“

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. eine Änderung des Parteiengesetzes sicherzustellen, daß Frauen in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages chancengleich und gleichberechtigt durch die Parteien als Bewerberinnen für Mandate aufgestellt werden und Mandate zu gleichen Anteilen wie Männer erwerben können. Gleiches muß für die Länder und die kommunale Ebene gelten. Die gesetzliche Regelung hat vorzusehen, daß eine gleichwertige freiwillige Verpflichtung der Parteien zur Herstellung der Gleichberechtigung der Frau bei der Aufstellung der Listen und Direktbewerber und -bewerberinnen, die satzungsmäßig gesichert ist, Vorrang hat.
2. durch Quotenregelung sicherzustellen, daß Frauen in den obersten Gerichten des Bundes, insbesondere im Bundesverfassungsgericht gleichberechtigt als Richterinnen mitwirken.

Bonn, den 8. März 1995

Rita Griebhaber

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Frauenbewegung der letzten 25 Jahre kann einige Erfolge in diesem Land für sich verbuchen. Ohne sie wäre es wohl kaum zu einer so umfassenden Quotendiskussion gekommen, die mittlerweile auch die Parteien der Regierungskoalition erfaßt hat. Dennoch sind Frauen noch immer nicht genügend auf allen Ebenen repräsentiert und sichtbar. Bundestag und Bundesregierung müssen dafür sorgen, daß Frauen im öffentlichen Leben den ihnen zustehenden Platz eingeräumt bekommen. Ihre Lebensstile und Lebenswirklichkeiten müssen in der Politik eine angemessene Rolle spielen. Dazu muß ihr Blick in die Politik eingehen. Das geht nur über aktive Förderung der Repräsentation von Frauen in Gremien und Parteien.

